

Wir Alle sind Griechen

Ruedi Winkler

Man braucht in diesen Zeiten nicht die Zeitenwende zu bemühen, die anstehenden Probleme sind auch drängend genug ohne zu den ganz grossen Begriffen greifen zu müssen. Weltweit sind Lösungen gefragt im Zusammenhang mit dem Klimawandel, dem absehbaren Rückgang der nicht erneuerbaren Energiequellen und die Sicherung des Zugangs für alle Menschen zu sauberem Wasser. Wir stecken mittendrin in der Finanzkrise, die eigentlich eine Schuldenkrise ist, bzw. eine Krise verursacht durch das seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse leben der reichen Länder. Wer über seine Verhältnisse lebt, also mehr ausgibt als er einnimmt, mehr verbraucht als produziert, muss nach aller Logik seine Ausgaben und seinen Verbrauch senken. Und das gilt nicht nur für die Griechen. Alle reichen Länder werden nicht so weitermachen können wir bisher, auch wir Schweizerinnen und Schweizer nicht. Letztlich sind wir alle Griechen.

Die Party ist zu Ende

Es sieht ganz so aus, als ob die bestimmenden Personen und Gruppen (und auch ein grosser Teil der Bevölkerung) nicht bereit wären zu akzeptieren, dass die Party vorbei ist. So lobbyieren die Banken nach Kräften gegen Massnahmen, die die Gefahr, dass sie Konkurs gehen könnten, eindämmen und die Politikerinnen und Politiker des Euroraumes konstruieren ein Modell, das verdächtig der Konstruktion ähnelt, die seinerzeit der Finanzsektor in den USA auf der Grundlage von Hypotheken auftürmte.

Der Hebel als Hoffnungsträger

Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität EFSF ist eine Aktiengesellschaft, die im Krisenfall Kredite bis zu 440 Milliarden Euro aufnehmen kann, indem sie Anleihen herausgibt, für die ihre Mitgliedstaaten (die Euroländer) bis zu dem vereinbarten Betrag haften. D.h. die Länder, die ihr Schulden nicht mehr bedienen können, erhalten Kredite, für die die Euro-Länder haften, die noch nicht so hoch verschuldet sind. Jetzt hat man gemerkt, dass das nicht reichen wird, und setzt den Hebel ein. Der EFSF garantiert die ersten 20 Prozent der Kredite, die an Schuldnerländer gegeben werden, dadurch erhöht er seine Wirkung auf etwa 1000 Milliarden. Man stockt Schulden mit Schulden auf und rettet die Schuldnerländer. Wenn die Wirtschaft wächst, dann kann man solche Schulden evtl. zurückzahlen oder wenigstens verzinsen. Wenn sie nicht wächst, dann geht das nicht. Diese Erfahrungen hat man mit armen Ländern schon tausenfach gemacht, aber offenbar nichts daraus gelernt. Aber es geht ja auch nicht um die Länder, es geht um die Banken, die diese Kredite gegeben haben und jetzt selbst bedroht sind, weil sie sie nicht zurückbekommen. Einige von ihnen sind sogenannten systemrelevant, d.h. wenn sie Bankrott gehen würden, würden sie das ganze Bankensystem und damit die ganze Wirtschaft mitreissen, eben „to big to fail“.

Verdrängen statt lösen

Aber die bestimmenden Personen, fast ausschliesslich über 50, ziehen es vor, die Lösungen der Probleme zu verschieben oder die Probleme zu verdrängen. Entsprechend wurde denn auch sehr oft gesagt, dass die EU-Länder mit den Beschlüssen des letzten EU-Gipfels eine Atempause erhalten hätten, mehr nicht. Aber was kommt denn nach der Atempause. Dann finden sich die Euro-Länder wieder dort, wo sie vor dem Gipfel waren, nur mit noch höheren Schulden. Beliebig oft geht dieses Spiel nicht mehr, am Schluss werden die Schulden

bezahlt werden müssen. Wer sie zahlt, steht jetzt schon fest: Die Steuerzahlerinnen und –zahler und wenn versucht wird ein Teil über Inflation zu „begleichen“, trifft es noch einmal die Gleichen, nämlich die Bürgerinnen und Bürger.

Abkoppeln geht nicht

Wir können es drehen und wenden wie wir wollen, die Party geht zu Ende. Was zur Zeit geliefert wird sind Manöver um Zeit zu gewinnen. Aber aufhalten lassen sich die Veränderungen nicht. Kein Zweifel, diese Veränderungen werden nicht mehr von der gleichen Art sein, wie in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, als es, vor allem auch für uns in der Schweiz, fast immer nur aufwärts ging und erst in den letzten Jahrzehnten haben wir einen gelinden Vorgeschmack erhalten, dass das vermutlich nicht so bleiben wird. Und gerade die jüngste Entwicklung mit dem starken Franken zeigt uns unweigerlich, wir sind ein Teil dieser Welt, die Globalisierung ist auch bei uns angekommen, wir sitzen im gleichen Boot, man kann nicht jeden zweiten Franken im Ausland verdienen, seinen Wohlstand zu einem wesentlichen Teil mit Geldern aus dem Ausland – legalen und nicht legalen – aufbauen und dann glauben, man könne sich einfach so abkoppeln wenns schwierig wird.

Im Klartext: Der Wohlstand wird in Zukunft sinken. Einerseits werden wir sehr hohe Investitionen in die Zukunft machen müssen z.B. im Energiebereich und im Kampf um die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in der globalisierten Welt. Andererseits geht auch für die Schweiz die Zeit zu Ende, in der sie zu dem Teil der Welt gehörte, der den armen Ländern die Bedingungen diktierte und von deren Ausnützung profitierte. Und zu Ende geht auch die Zeit, in der der reichste Teil der Welt sich auch noch schamlos verschuldet. Auch wenn die Schweiz unter Lausbuben noch etwas wie der Musterknabe war, sie hat natürlich direkt und indirekt in vieler Hinsicht profitiert. Und Ärmer werden führt zu gesellschaftlichen Spannungen. Auch unter den Generationen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Unsicherheiten steigen. Die Bevölkerung im Beschäftigtenalter wird sehen, dass sie mit wesentlich grösseren Schwierigkeiten kämpfen und bei tieferem Wohlstand leben muss, als ihre Eltern das mussten. Sie werden realisieren, dass infolge der Entwicklung der Demografie und der wirtschaftlichen Entwicklung das Niveau der finanziellen Leistungen der Sozialversicherungen nicht aufrechterhalten werden kann. Und spätestens zu diesem Zeitpunkt werden sie es nicht mehr goutieren, dass der pensionierte Teil der Bevölkerung – der ja immer noch wächst – lebt, wie wenn nichts geschehen wäre. Wer vermeiden will, dass plötzlich die „Alten“ zu Sündenböcken werden, beginnt mit Vorteil früh dafür zu sorgen, dass weder die Jüngeren noch die Älteren den Eindruck haben, die Lasten würden einseitig verteilt. Sonst wird's ungemütlich.

So wars nicht gedacht

Unsere sozialen Sicherungssysteme wurden in einer Zeit des ungebrochenen Wachstumsglaubens konzipiert. Zu einer Zeit, als man noch nicht wusste, dass die Finanzindustrie einmal die Mittel und die Unverfrorenheit haben würde, mit ihren Aktionen sich selbst und die ganze Wirtschaft in den Abgrund zu reissen. Davon wären selbstredend auch die Sozialwerke betroffen, die für das Erbringen der vorgesehenen Leistungen Wirtschaftswachstum und gute Kapitalrendite benötigt und sicher nicht einen Kollaps der Finanzwirtschaft mit nachfolgendem Einbruch der ganzen Wirtschaft.

Soziale Sicherheit mehr auf reale Leistungen stützen

Die zukünftige soziale Sicherheit wird breiter abgestützt werden müssen. Weniger finanzielle Leistungen und mehr reale. Sie wird mehr auch auf die direkten Ressourcen der Menschen ausgerichtet sein. Wie wir das aufbauen wollen, können wir selbst entscheiden, wenn wir uns nur endlich dezidiert genug auf den Weg machen. Beispiele gibt es schon an vielen Orten. Das beginnt bei der Nachbarhilfe, allgemein den vielen Freiwilligen, das geht über

Organisationen, die unter dem Titel „Jüngere Ältere unterstützen ältere Ältere“ , das möglichst lange Verbleiben in der eigenen Wohnung ermöglichen, und das geht hin bis zum Aufbau von Zeittauschsystemen, von denen es schon einige gibt, auch in der Schweiz. Man erhält z.B. für die Betreuung einer hilfsbedürftigen Person eine Zeitgutschrift, die man später einlösen kann, wenn man selbst Unterstützung braucht. Solcher Selbsthilfe können die Capriolen des Finanzsystems nichts anhaben und es stärkt die Beziehung unter den Menschen und ihr Bewusstsein, direkt etwas bewirken zu können. Das wird selbstverständlich die bestehenden Sozialwerke nicht ersetzen, aber es ergänzt und stützt sie. Da ganz konkret etwas beizutragen sind insbesondere auch die Menschen in der dritten Lebensphase aufgrund ihrer guten Ausbildung, ihrer Lebenserfahrung und ihrer in der Menschheit einzigartigen Situation prädestiniert und aufgerufen.

Anfangs November 2011/mail@ruediwinkler.ch